

zierung von Tierkrankheiten seien in der Entwicklung (XNA, 8.2.82).

-lou-

(39) Die "Volkszeitung" über ländliche Kollektive

Das neue Verantwortlichkeitssystem, das nun in 90% aller ländlichen Produktionsgruppen praktiziert wird, bedeute keine Rückkehr zum individuellen Wirtschaften, wie es vor der Kollektivierung in den 1950er Jahren vorherrschend war. Dies wird in einem Leitartikel der "Volkszeitung" vom 19. Februar 1982 erklärt. Wie es weiter heißt, sei das Verantwortlichkeitssystem auf der Basis des Kollektiveigentums an den Produktionsmitteln aufgebaut. Eigentümer des Farmlandes, der großen Maschinen und der Wasserbauprojekte seien weiterhin die Produktionsgruppen. Diese müssen sicherstellen, daß die landwirtschaftliche Produktion, obwohl hauptsächlich auf der Grundlage von Haushalten durchgeführt, unter Leitung der staatlichen Planung voranschreitet.

Wie es in dem Leitartikel weiter heißt, habe das neue Verantwortlichkeitssystem, das die früher vorherrschenden egalitaristischen Tendenzen ausmerzen soll, die Bauern in den traditionell armen Gebieten in die Lage versetzt, für sich selbst genug zu produzieren; die Bauern in den wohlhabenden Gegenden könnten nun noch mehr produzieren. Dennoch gebe es unter den ländlichen Kadern das Mißverständnis, daß sie unter dem neuen System nichts zu tun hätten. Nach Meinung einiger Bauern seien die ländlichen Kader nutzlos, da die Haushalte nun die Grundeinheiten der Produktion seien. Die sozialistische Kollektivierung und das öffentliche Eigentum an den Produktionsmitteln müßten aufrechterhalten werden.

Die wichtigsten Aufgaben der Produktionsgruppen als Hauptstützen der ländlichen Kollektivwirtschaft seien die folgenden: Verwaltung des Kollektiveigentums, Festsetzung der Produktionsverantwortlichkeiten unter den Gruppenmitgliedern, Planung der Produktion und der Investbauprojekte sowie die Verbreitung besserer Anbaumethoden. Weiter sollen die Gruppen den Lebensunterhalt der Menschen sicherstellen, die in Not sind, einschließlich derjenigen älteren Menschen, die keine Kinder oder Verwandten haben. Geholfen werden solle auch Familien von Soldaten und Familien, die Angehörige im Krieg verloren haben (RMRB, 19.2.82).

-lou-

(40) Rückgang der landwirtschaftlichen Nutzfläche in Shanxi

In einem Artikel in der Shanxi Ribao vom 6.2.82 nimmt ein Kommentator Stellung zum Rückgang der landwirtschaftlichen Nutzfläche in der Kohleprovinz Shanxi. Ähnliche Tendenzen gibt es in anderen Provinzen. Im folgenden wird der Artikel auszugsweise wiedergegeben:

"...In den letzten beiden Jahren ist die Zahl der Bauernhaushalte in der Provinz um mehr als 820.000 gestiegen, und etwa 410 neue Häuser sind gebaut worden. Dies zeigt die gute Seite der Entwicklung. Aufgrund der steigenden

Einkommen der Bauern wird diese Entwicklung weitergehen. Was jedoch unsere Aufmerksamkeit verlangt, ist die Tatsache, daß große Flächen fruchtbarer Farmlandes durch neu errichtete Häuser in Anspruch genommen werden. Der Grund dafür ist, daß einige Kader ungesunde Tendenzen verfolgen und daß ein guter Landnutzungsplan oder eine strenge Verwaltung fehlen. In den 27 Jahren von 1955 bis heute ist die landwirtschaftliche Fläche jedes Jahr zurückgegangen. Im Vergleich zu der Zeit unmittelbar nach der Befreiung gibt es gegenwärtig 11,5 Mio. Mu (= 0,77 Mio. ha) weniger. Das Farmland ist mit anderen Worten jedes Jahr um 400.000 Mu (= 26.667 ha) zurückgegangen. Wegen des raschen Bevölkerungswachstums in den ländlichen Gebieten ist die Pro-Kopf-Fläche von 4,82 Mu (= 0,32 ha) in der Zeit nach der Befreiung auf 2,38 Mu (= 0,16 ha) zurückgegangen. Hinzu kommt, daß es sich bei dem größten Teil der verlorengegangenen Fläche um fruchtbares Land handelt.

Die Hauptgründe für die Reduzierung des Farmlandes in einem solchen großen Ausmaß bestehen darin, daß für Anlageinvestitionen eine relativ große Fläche gebraucht wird und daß die Volkskommunen und Produktionsbrigaden und ihre Mitglieder bei der Errichtung von Investitionsprojekten und beim Hausbau die Kontrolle über die Landnutzung verloren haben. Gegenwärtig werden die meisten ländlichen Aufbauprojekte nicht entsprechend dem Plan durchgeführt. Anstatt die Berggegenden, das Brachland und die weniger fruchtbaren Flächen voll zu nutzen und alte Dörfer umzugestalten, errichten die Menschen in den ländlichen Gebieten neue Häuser auf fruchtbarem Land und machen keine Anstrengungen, alte Wohngegenden in landwirtschaftliche Nutzfläche zu verwandeln. In manchen Gegenden wird die Kontrolle über die Landnutzung beim Hausbau aufgegeben; hinsichtlich der Genehmigung von Aufbauprojekten gibt es keine vorherigen Überlegungen. In vielen Fällen werden die Projekte nur von den Brigadkadern genehmigt und nicht in Übereinstimmung mit dem Kriterium der Landnutzung. In einigen Kreisen, Kommunen und Brigaden benutzen die Kader ihre Autorität dazu, ungesunde Trends zu fördern und Beziehungen aufzubauen, so daß neue Häuser auf Farmland gebaut werden. Einige von ihnen bauen sogar Häuser an verschiedenen Orten, um sie zu verkaufen." (Shanxi Ribao, 6.2.82, zit. nach SWB, 17.2.82)

-lou-

TAIWAN

(41) Jiang Jingguo schwer erkrankt?

Das Presseamt von Taiwan hat am 3. Februar der Öffentlichkeit mitgeteilt, daß Staatspräsident Jiang Jingguo (Chiang Ching-kuo) wegen einer Augenoperation im Krankenhaus liege. Vor kurzem hat er, laut Presseerklärung, im Hauptkrankenhaus der Veteranen eine Routineuntersuchung machen lassen. Das Ergebnis wurde als sehr gut bezeichnet. Lediglich die Netzhaut in seinem linken Auge benötigte einer kleinen Operation. Er ist

am 3. Februar nach einer Sitzung des Ständigen Ausschusses des ZK der Kuomintang (Kuomintang) ins Krankenhaus gegangen. Die Operation, die anderthalb Stunden gedauert hatte, war auch nach der offiziellen Darstellung erfolgreich. In der Presseerklärung wurde betont, daß der Patient in Kürze das Hospital verlassen könne (ZYRB, 4.2.82). Allerdings ist der Präsident schon wochenlang nicht mehr in der Öffentlichkeit aufgetreten. Während des Staatsbesuches des Vizepräsidenten der Junta von El Salvador, General Jaime Abdul Gutierrez, vom 22. bis 27. Februar, auf der Insel, schien Jiang aus gesundheitlichen Gründen nicht in der Lage zu sein, den hohen Gast aus Lateinamerika zu empfangen. Bei der Ankunft General Gutierrez' hat die offizielle Presseagentur "Central News Agency" merkwürdigerweise eine Nachricht über eine schriftliche Antwort des Exekutivvuan (Kabinet) auf die Frage eines Abgeordneten des Legislativvuan (Parlament) im letzten Jahr verbreitet, in der von der Sorge der Bevölkerung um die Gesundheit des Präsidenten die Rede war. Die leitenden Beamten auf allen Verwaltungsebenen wollen sich, so heißt es, mit dem Präsidenten in der Arbeit und in der Verantwortung teilen (LHB, 23.2.82).

Bislang war Jiang (72) vital und suchte gern Kontakt mit der Bevölkerung. Es ist aber auch bekannt, daß er seit früher Zeit unter Zuckerkrankheit leidet. Er hatte sich auch schon früher einer Augenoperation unterzogen.

-ni-

(42) Liason-Büro der Marshall-Inseln in Taipei

Am 21. Februar 1982 wurde ein Verbindungsbüro der Marshall-Inseln in Taipei offiziell eingeweiht (ZYRB und LHB, 22.2.82). Die vor kurzem als Vereinigte Staaten von Mikronesien als unabhängig erklärten Inseln stehen hinsichtlich der Außen- und der Verteidigungspolitik noch unter dem Protektorat der USA, die im Auftrag der UNO die Inseln bis Ende 1981 verwaltet haben. Am 13. August 1979 hat Taiwan mit der Regierung der Marshall-Inseln einen Vertrag über landwirtschaftliche Zusammenarbeit unterzeichnet und unterhält zur Zeit dort noch eine agrartechnische Hilfsgruppe. Im Hinblick auf die Chinapolitik der USA scheint es allerdings unrealistisch, anzunehmen, daß noch diplomatische Beziehungen zwischen Taiwan und dem pazifischen Inselstaat aufgenommen werden.

-ni-

(43) Planung zur Erschließung der Spratly- und Pratas-Inseln

Die Regierung in Taiwan hat vor kurzem die im Südchinesischen Meer liegenden zwei Inselgruppen Nansha (Spratly) und Dongsha (Pratas) unter die Verwaltung der Stadt Gaoxiong (Kaohsiung) gestellt. Ferner hat die Verwaltung der Stadt Gaoxiong einen Dreijahresplan zur Erschließung der Inseln entworfen. Der Plan richtet sich hauptsächlich auf die Entwicklung des Fischfangs in den anliegenden Meeresgebieten um die genannten Inseln. Neben dem Bau von 18 Fischküttern, Häfen, einer Eisfabrik, Kühlanla-

gen und anderer Einrichtungen für Transport und Versorgung plant man noch insgesamt 36 Fischerfamilien innerhalb von 3 Jahren auf die Inseln umzusiedeln. Falls nicht genug Leute bereit sind, auf die Inseln zu gehen, wird die Regierung versuchen, die Umsiedlung von Gefangenen zu fördern (LHB, 6.2.82). Spratly wurde von Taiwan, China, Vietnam und den Philippinen beansprucht. Seit dem Ende des 2. Weltkrieges sind die Hauptinseln der Spratly-Gruppe allerdings in der Hand der nationalchinesischen Armee. Unter der japanischen Besatzung wurden die Spratly- und die Pratas-Inseln sowie die Paracel-Inseln an Taiwan angegliedert. Unter der nationalchinesischen Regierung gehörten sie zunächst zu der Provinz Guangdong (vgl. dazu Yu-Hsi Nieh, "Die Rechtsfrage der Archipele im Südchinesischen Meer, C.a., Februar 1974, S.25 ff.)

-ni-

(44) Das neue Arbeitsrecht

Die Regierung in Taipei hat am 25. Februar einen Gesetzentwurf zur Regelung der Arbeitsverhältnisse und -bedingungen beschlossen. Wenn das Parlament ihn verabschiedet, sollen das Fabrikgesetz, das Fabrikuntersuchungsgesetz, das Bergbaugesetz, das Mindestlohngesetz, das Arbeitsvertragsgesetz sowie das Gesetz über Einstellung und Entlassung von Arbeitskräften in Fabriken und Bergwerken außer Kraft treten. In der neuen Gesetzesvorlage, die über zehn Jahre lang bearbeitet wurde, gibt es mehr soziale Aspekte. Grundsätzlich darf die Arbeitsdauer pro Tag dem Gesetzentwurf nach nicht 8 Stunden überschreiten. Mit der Zustimmung der Gewerkschaft oder der Mehrheit der Belegschaft sowie der Genehmigung der zuständigen Behörde kann ein Arbeitgeber die normalen Arbeitsstunden von einem Wochentag auf andere Arbeitstage verteilen, doch jeder Arbeitnehmer darf auch in diesem Fall pro Tag nicht über 10 Stunden und pro Woche nicht über 48 Stunden arbeiten (Art.30). Weibliche Arbeitskräfte erhalten während der Schwangerschaft 8 Wochen bezahlten Urlaub, wenn sie in einer Firma über 6 Monate gearbeitet haben, sonst bekommen sie nur die Hälfte des Monatslohnes während dieser Urlaubszeit (Art.50).

Wenn ein Arbeitnehmer pensioniert wird, erhält er eine Rente vom Arbeitgeber und zwar für jedes Arbeitsjahr zwei Grundbeträge, aber insgesamt nicht über 61 Grundbeträge. Die Höhe des Grundbetrages wird von der Regierung bestimmt. Wenn ein Arbeitgeber die Renten für einen Arbeitnehmer nicht in einer Summe leisten kann, darf er sie auch in Raten zahlen (Art.55). Bei Betriebsunfall oder Berufskrankheit eines Arbeitnehmers muß der Arbeitgeber zusätzlich 30% des versicherten Monatsgeldes zahlen, wenn die Heilung über ein Jahr dauert, erhöht sich die zusätzliche Beihilfe auf 50%, diese Leistung ist jedoch auf ein Jahr begrenzt.

Falls der Arbeitnehmer keine Versicherung hat, muß der Arbeitgeber dem Versicherungsgesetz entsprechend die Entschädigung einschließlich der genannten zusätzlichen Beihilfe zahlen (Art.58). Ferner muß ein Arbeitgeber vor Inkrafttreten eines Arbeitslosen-

versicherungsgesetzes bei Entlassung eines Arbeitnehmers finanzielle Abfindung gewähren und zwar einen Durchschnittsmonatslohn für jedes bei der Firma geleisteten Arbeitsjahres des betroffenen Arbeitnehmers. Wenn der Arbeitnehmer bei der Firma über drei Jahre gearbeitet hat, wird die Abfindung ab dem 4. Arbeitsjahr nur mit der Höhe eines halben Monatslohnes für jedes weitere Jahr berechnet (Art.17). Bei Einstellung oder Konkurs einer Firma müssen die Löhne vor allen Hypotheken und Krediten gezahlt werden, aber die Lohnschulden dürfen nicht weiter als ein halbes Jahr zurückreichen (Art.28).

Über den letzten Punkt haben sich Wirtschafts- und Innenministerium heftig gestritten. Das Wirtschaftsministerium, welches die Interessen der Arbeitgeber vertreten wollte, hat sich der Einführung dieser Priorität der Zahlungen für einen Arbeitnehmer widersetzt, weil, so das Argument, dadurch in Zukunft die Kreditaufnahme für Firmen erschwert werden könnte. Das Innenministerium hat jedoch im Interesse der Arbeitnehmer den humanitären Artikel durchgesetzt (ZYRB und LHB, 26.2.82).

-ni-

(45) Einfuhrstop für japanische Konsumgüter und Lkws

Das Außenhandelsbüro des Wirtschaftsministeriums in Taiwan hat am 13. Februar erklärt, ab sofort die Importe von 1.500 Warenarten aus Japan zu stoppen. Es handelt sich dabei hauptsächlich um Lebensmittel, Unterhaltungs- und Haushaltgeräte: Obst, tiefgekühlte, abgetrocknete, eingesalzene oder konservierte Fleisch- und Gemüseprodukte, Gewürze, Getränke, Süßwaren, Kosmetika, Kautschuk-, Kunststoff- und Glaserzeugnisse sowie Keramik und Porzellan, Video-Rekorder, Plattenspieler, elektronische Rechner, Nähmaschinen, Entsafter, Kühlschränke, Staubsauger, Elektrokoher, Schwarzweiß-Fernseher, außerdem Edelmetallschmuckartikel, Angelgeräte, Feuerzeuge, Schirme, Thermosflaschen usw. Ein Teil der 1.500 Warenpositionen, so laut Erklärung, dürfen bereits seit Ende Mai 1980 nicht mehr aus Japan eingeführt werden.

Zur Begründung der Restriktionsmaßnahme erklärte das Außenhandelsbüro, daß man damit die Entschlossenheit Taiwans für den Abbau des Defizits im Handel mit Japan demonstrieren wolle. Abgesehen von 1955 hatte die Insel in den letzten 30 Jahren stets Importüberschüsse gegenüber Japan. Aber vor 1965 lagen diese jedes Jahr nur unbedeutend unter der Grenze von 100 Mio. US\$. Seit dieser Zeit vergrößerte sich das Defizit von Jahr zu Jahr. Bei einem Gesamtwert des Warenverkehrs zwischen Taiwan und Japan von 8,4 Mrd. US\$ (+11,5%) im Jahr 1981 erreichte das Defizit Taiwans mit 3,45 Mrd. US\$ (+8,5%) seinen bisherigen Höchststand. Schon aus politischen Gründen hatte Taiwan nach der Unterbrechung der diplomatischen Beziehungen zu Japan 1972 versucht, die Importe aus Japan einzuschränken. Die Appelle der Regierung, mehr Maschinen aus Europa und den USA statt aus Japan einzuführen, blieben vergeblich. Aus preislichen und geographischen

Überlegungen kauften und kaufen nicht nur die privaten, sondern auch die staatlichen Unternehmen unverändert tüchtig in dem Nachbarland ein. In den letzten zwei Jahren hat Taiwan von Japan gefordert, den japanischen Markt für taiwanische Waren zu öffnen. Wie Europäer und Amerikaner argumentiert man in Taiwan, daß Japan durch Bürokratie und Extrabelastungen ausländischen Waren den Zugang zum japanischen Markt erschwere und, wo immer dies möglich sei, sogar verwehre. Auf Drängen Taiwans wurde eine gemeinsame Kommission für den Ausgleich des Außenhandels zwischen beiden Seiten gegründet, doch brachte diese ebenfalls keinen Erfolg. Die neuen Importrestriktionen Taiwans gelten in erster Linie auch als eine Willensdemonstration. Nach dem Wort des neuen Wirtschaftsministers handelt es sich bei dem Einfuhrverbot nur um einen Gesamtwert von 160 Mio. US\$, also einen Tropfen auf den heißen Stein des genannten Defizits in Höhe von 3,45 Mrd. US\$ im vergangenen Jahr. Außerdem ist es erfahrungsgemäß auch schwer, zu verhindern, daß sich die japanischen Konsumgüter durch andere Länder wie Südkorea, Hongkong oder durch Schmuggel nach Taiwan einschleichen. Es sind nur 33 Warenpositionen wie Kastanien, Hühnerfleisch, gedörrtes Rindfleisch, konservierte Eier und Eipulver, die neben Japan auch nicht aus Hongkong, Macao, Singapur und Malaysia nach Taiwan eingeführt werden. Unmittelbar nach der Bekanntgabe der Einfuhrrestriktionen sind die Preise japanischer Konsumgüter in Taiwan drastisch gestiegen. Zu gleicher Zeit hat das Handelsbüro des Wirtschaftsministeriums noch verkündet, die Importe von Schwerlastwagen, Autobussen und Fahrgestellen ab 7 t und Dieselmotoren von 120 bis 400 PS aus Japan für ein Jahr zu sperren. Dies sollte allerdings den Absatz der inländischen Produkte fördern. Das neue Autowerk "Huatung" (Huatong), Gemeinschaftsgründung der Taiwan Machinery Manufacturing Corp. und der US-Firma General Motors Corp. für die Herstellung von Lkws und Bussen, hatte am 1. Februar seine Produktion begonnen, deren Preise aber liegen rund 70% höher als die Importe gleicher Waren aus Japan. Aber noch vor der Bekanntgabe der Einfuhrsperre haben die Händler von Taiwan im letzten Jahr, da sie es schon geahnt hatten, in größter Eile 6628 Schwerlastwagen aus Japan importiert, einschließlich der noch nicht gelieferten war die Einfuhr von rund 20.000 Lkws oder Bussen bereits von der Behörde genehmigt. Dies kann nach der Meinung eines hohen Managers von "Huatung" den Bedarf auf dem taiwanischen Markt für 1-2 Jahre decken. Deshalb soll der Firma die Schutzmaßnahme der Regierung auch nicht viel helfen (ZYRB, 14. und 24.2.82; LHB, 14.2.82; CP, 13.2.82; NfA, 25.2.82).

-ni-

(46) Bemühung um eigene Produktion von Kampfflugzeugen

Nach Aussagen des nationalchinesischen Verteidigungsministers Song Changzhi (Soong Chang-chih) bemüht sich Taiwan, eigene Düsenkampfflugzeuge herzustellen. Vor dem Gesetzgebungs Yuan wies er am 19. Februar darauf hin, daß sein Ministerium jedes Jahr für die

